



Ostern

## Fest der Hoffnung

Gastkommentar  
von MARTIN GRICHTING

Der naturwissenschaftliche Fortschritt der letzten zweihundert Jahre ist gigantisch. Dampfmaschine, Elektrizität, Mondflug, Herztransplantation und Smartphone können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Ertrag ausgeblieben ist, wenn der Mensch nach seinem Ursprung und nach seiner über den Tod hinausweisenden Bestimmung geforscht hat. Der mittelalterlichen Spekulation müde, hat sich die neuzeitliche Philosophie hinsichtlich dieser Fragen deshalb zusehends in vornehmes Schweigen gehüllt. Und letztlich scheint es nur konsequent, wenn Hans Blumenberg in «Die Legitimität der Neuzeit» davon spricht, es gelte, das «Volumen ungesättigter und enttäuschter Erwartungen und Ansprüche» zu reduzieren, die das Christentum erzeugt habe.

Mit anderen Worten: Das vom christlichen Glauben der Neuzeit hinterlassene «überdehnte» Sinn- und Wahrheitsbedürfnis mit seinen «grossen und allzu grossen Fragen» sei zurückzunehmen.

Schon Kant hatte festgehalten, dass die menschliche Vernunft das «besondere Schicksal» habe, durch Fragen belästigt zu werden, «die sie nicht abweisen kann; denn sie sind ihr durch die Natur der Vernunft selber aufgegeben, die sie aber auch nicht beantworten kann; denn sie übersteigen alles Vermögen der menschlichen Vernunft». In der Tat gehört es zu den Grundkonstanten der Natur des Menschen, Fragen nach dem letzten Sinn seiner Existenz zu stellen, ja stellen zu müssen. Aber er vermag sie eben aus eigener Kraft nicht zu beantworten. Aus der Welt geschafft sind diese Fragen damit jedoch nicht. Um es mit dem Möbius aus Dürrenmatts «Die Physiker» zu sagen: «Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden.»

Dies führt zu einer Scheidung in Gläubige und – mit Habermas gesprochen – «religiös Unmusikalische». Letztere gliedern sich in einige militante Atheisten und grossmehrerlich in reflektierte oder praktische Agnostiker. Sie alle pflegen ihr Sinnbedürfnis zu befriedigen durch den Einsatz für Gerechtigkeit, für mehr Humanismus, freie Wirtschaft oder die Bewahrung der Natur. Oder sie verschreiben sich Idealen wie der Politik, dem Sport und der Kunst. Auch Gläubige folgen solchen Sinngebungen. Allerdings sind sie dabei vom Bewusstsein getragen, dass solche Ziele nur vorläufige Bedeutung haben angesichts einer über diese Welt hinausgehenden Bestim-

mung. Diese Haltung verstehen sie als Religion, also als Rückbindung an etwas, das grösser ist als der Mensch und ihm vorausgeht. Die beiden grossen christlichen Feste Weihnachten und Ostern verdeutlichen dies. Wenn an Weihnachten gemäss der Diktion des Evangelisten Johannes das «Wort» (griechisch «logos») «Fleisch», also Mensch, wird, dann darf man ganz im Sinne der Faustschen Übersetzungskünste sagen, «logos» bedeute nicht nur Vernunft, Kraft oder Tat, sondern auch Sinn: Der Sinn, den der Mensch nicht

herzustellen vermag, ist in Jesus Christus Mensch geworden, um sich dem Menschen zu vermitteln. Ostern bedeutet die Fortdauer dieses Sinns über den Tod hinaus. Dieses Fest spricht nicht nur vom auferstandenen Christus, sondern davon, dass der Mensch selber nun eine neue Schöpfung ist, die nicht mehr vergänglich ist und die nun für immer zurückgebunden bleibt an den, welcher der Sinn ist. «Dogmatismus!» wird derjenige sagen, der das Volumen christlicher Sinnansprüche auf diesseitige Sinngebungen reduziert hat. «Irrtum!», würde der englische Autor Gilbert K. Chesterton entgegen, der eine andere Unterscheidung offeriert: «Es gibt in Wahrheit nur zwei Arten von Menschen: solche, die Dogmen anerkennen und sich dessen bewusst sind, und solche, die Dogmen anerkennen und sich dessen nicht bewusst sind.»

In der Tat ist der Mensch – räumlich, zeitlich und intellektuell gefangen in der Endlichkeit – dazu verurteilt, zu fragen und zu glauben. Er kann das Fragen suspendieren, und er kann glauben, dass es nichts gibt, an das er glauben kann. Aber auch das bleibt ein Glaube. Angesichts dieses Unvermögens des Menschen, sich selbst an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Unkenntnis zu ziehen, und angesichts der Ambivalenz des neuzeitlichen Fortschrittsglaubens hat Chesterton einen Rat: Einem Zweifler solle man nicht sagen, er solle aufhören zu zweifeln. Vielmehr solle man ihn ermutigen, immer Neues zu bezweifeln, bis er schliesslich anfange, an sich selber zu zweifeln. Zweifel ist aber auch dem Glaubenden nicht fern. Die Berichte über die Auferstehung Jesu lassen es mehrfach erkennen.

Für den Staat mag es in Anbetracht dieser Lage genügen, alle nach ihrer Façon selig werden zu lassen. Alle Versuche obrigkeitlicher Beglückung durch Religion oder Atheismus sind gescheitert. Dem einzelnen Menschen aber ist unabweislich aufgetragen, seiner Existenz einen Sinn zu geben. Marx hat ergewöhnt, Religion sei gegenüber dieser Herausforderung Opium. Der Christ wird sagen: Erst die Bedeutung, welche die Religion dem Jenseits gibt, nimmt den Menschen in Verantwortung für sein Verhalten im Diesseits. Die Frage bleibt mit Vernunftgründen allein nicht zu beantworten. Das wusste auch Augustinus. Als Christ brachte er es in den unsterblichen Satz: «Ruhelos ist unser Herz, bis es ruht in dir, o Herr.» Davon spricht auch das Osterfest, das Fest der Hoffnung.

Martin Grichting ist Generalvikar des Bistums Chur. Dem Menschen ist die Frage nach dem Sinn seiner Existenz unabweislich aufgetragen.



## SCHWARZ AUF WEISS Schuldenbremse ist nicht genug

Von GERHARD SCHWARZ

Die Schweiz ist mit Recht stolz auf ihre Schuldenbremse, die sogar zum Exportschlager geworden ist. Und die Bevölkerung steht hinter dem Instrument. Gemäss einer 2016 vom Beratungsinstitut Sotomo für Avenir Suisse durchgeführten Umfrage wären weniger als 10 Prozent bereit, bei drohenden Defiziten eine höhere Verschuldung hinzunehmen. Über 75 Prozent plädieren in einem solchen Fall für Ausgabenkürzungen. Leider unterstehen die Sozialversicherungen noch keiner Schuldenbremse; eine solche ist derzeit, wie die Umfrage zeigt, nicht mehrheitsfähig, obwohl sie dringend nötig wäre.

Oft wird jedoch übersehen, dass die Schuldenbremse lediglich für finanzpolitische Solidität sorgt und dass ein über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichener Bundeshaushalt bei jedem Ausgaben- bzw. Einnahmenniveau möglich ist. Ein konfiskatorischer Staat, der seinen Bürgern zwei Drittel ihres Einkommens wegnimmt, um es umzuverteilen bzw. für Staatsaufgaben einzusetzen, kann den Haushalt ebenso ausgleichen wie ein Staat, der die Bürger weniger belastet. Daher sollte für den Schutz der Bürger vor dem Zugriff des Staates die Schuldenbremse um eine Staatsquotenbremse ergänzt werden, wie dies Massimo Lattmann im letzten Herbst in dieser Zeitung vorgeschlagen hat. Im Gegensatz zum Stammtischgerede vom Kaputtsparen des Staates findet nämlich das Gegenteil statt: Die Zwangsabgaben (Steuern, Abgaben und obligatorische Sozialversicherungen) nehmen gemessen am Bevölkerungswachstum und an der Wohlstandsentwicklung stark überproportional zu. Gemäss Berechnungen und Prognosen des Internationalen Währungsfonds und der Eidgenössischen Finanzverwaltung wird das reale Bruttoinlandprodukt im Jahr 2020 um rund 50 Prozent höher liegen als 1990. Die teuerungsbereinigten Gesamtausgaben des Bundes werden aber im gleichen Zeitraum um fast 100 Prozent gestiegen sein und jene für die soziale Wohlfahrt sogar um fast 200 Prozent.

Zwar gibt es kein objektives Kriterium, um festzustellen, ob die Ausgaben zu hoch oder zu niedrig sind. Das bleibt ein Ermessensentscheid der Politik. Aber die Geschichte zeigt, dass die Politik nicht in der Lage ist, den Staat einzudämmen. Neue Aufgaben und neue Ansprüche führen selten dazu, dass früher beschlossene Ausgaben zusammengestrichen werden. So könnten weder Unternehmen noch Privathaushalte kutschieren. Zudem ist die heutige Staatsquote von rund 42 Prozent nicht das Resultat einer strategischen Diskussion über den gewünschten Fussabdruck des Staates, sondern das Ergebnis eines schleichenden Schlitterns in die Kollektivierung. Der Entscheid wurde nie explizit gefällt. Es ist zumindest zweifelhaft, dass die Bevölkerung dem Staat über 40 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes übertragen möchte und den Konsumenten und Investoren weniger als 60 Prozent.

Man könnte eine solche Staatsquotenbremse unterschiedlich rigid gestalten. Man könnte die Staatsquote auf dem heutigen Niveau einfrieren, um zu verhindern, dass der Staat dereinst mehr als die Hälfte der Wertschöpfung für sich beansprucht. Man könnte auch einen Regelmechanismus definieren, der die erweiterte Staatsquote mit der Zeit auf 33 Prozent zurückführte: ein Drittel kollektiv, zwei Drittel privat, das wäre kaum Ausdruck eines wild gewordenen Liberalismus. Doch so oder so: Eine Debatte über die Grösse des Staates ist angesichts seines ungebremsten Wucherns angebracht.

Gerhard Schwarz ist Publizist und unter anderem Präsident der Progress Foundation. In seiner Kolumne beleuchtet er das wirtschaftliche und politische Geschehen aus ordoliberaler Perspektive.

### ARCHIV-TROUVAILLEN

## Fortuna und Mathe

bsa. · Herbeigesehnt, doch unbeeinflussbar: Wir kennen sie alle, die Wende des Schicksals, die sich oft ganz unverhofft einstellt auf pures Glück. Da der Mensch aber das Unverständliche – auch das gute – schwer erträgt, machte er eine göttliche Kraft verantwortlich, die Griechen die Göttin Tyche, die Römer ihre Fortuna. Sie halten die Schicksalsgöttinnen für launisch und irrational, die nur mit Opfergaben zu ködern sind. Strategien gibt es viele: Im 20. Jahrhundert unterliegt der Mensch gar der Versuchung, den Zufall mit mathematischen Berechnungen in den Griff zu bekommen. Das Glück aber will frei sein, freier noch als das Wildpferd in der Prärie.